

Vortrag an den Ministerrat

EU; Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten (Außen- und VerteidigungsministerInnen) am 15. November 2021; Bericht

Am 15. November 2021 fand in Brüssel im Rahmen des Rates für Auswärtige Angelegenheiten (RAB) eine gemeinsame Tagung der Außen- und Verteidigungsministerinnen und -minister statt.

Bei der Diskussion zum Strategischen Kompass erklärte mein Amtsvorgänger Michael Linhart, dass Österreich sich aktiv und engagiert einbringen werde, um den Strategischen Kompass zu einem umfassenden Instrument zu machen, das auf einer gemeinsamen Vision basiert. Weiters betonte mein Amtsvorgänger die Stärkung der Rolle der EU als Sicherheitsanbieter, vor allem in der EU-Nachbarschaft, die Bedeutung von Partnerschaften, vor allem mit den Vereinten Nationen, NATO und OSZE. Darüber hinaus müsse der besondere Charakter der Sicherheits- und Verteidigungspolitik einzelner EU-Mitgliedstaaten respektiert werden.

Verteidigungsministerin Klaudia Tanner betonte, dass die EU ihre strategische Autonomie weiter stärken müsse, auch durch die Vertiefung der Verteidigungszusammenarbeit und der Rolle der EU als Sicherheitsanbieter. Krisenmanagement müsse ein Kernstück des Kompasses sein, daher unterstütze Österreich die Einrichtung einer schnellen Einsatztruppe zur Unterstützung von Konfliktprävention, humanitärer Hilfe sowie zeitlich begrenzter Einsätze. In Bezug auf Klimawandel, Naturkatastrophen und Notfälle sollen die grenzüberschreitenden militärischen Kapazitäten verbessert werden, um zivile Behörden und die Bevölkerung zu unterstützen. Was die Fähigkeitsentwicklung angehe, werde eine Überarbeitung der Verteidigungsfähigkeitsprozesse unterstützt, um die operativen Realitäten besser widerzuspiegeln. In diesem Zusammenhang werde die Einrichtung jährlicher Verteidigungsministerinnen und -minister-Treffen zur Entwicklung der Verteidigungsfähigkeit der EU unter Nutzung bestehender Foren begrüßt.

Im Einvernehmen mit der Bundesministerin für Landesverteidigung stelle ich den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

20. Jänner 2022

Mag. Alexander Schallenberg, LL.M.

Bundesminister